

Kommunalwahl am 15. 3. 2026

Wir fragen die Parteien:

Was wollt ihr gegen Armut und Wohnungsnot tun?

Bezahlbare Wohnungen sind kaum zu finden. Armut nimmt seit Jahren immer weiter zu. Soziale Hilfen stehen unter Beschuss. Was wollen die Wetterauer Parteien unternehmen? Hier lesen Sie die Antworten auf unsere Fragen.



fragt:

Wie sozial sind die Parteien?

Auf unsere Fragen haben nicht alle Parteien geantwortet. Hier können Sie Beiträge der CDU, der Grünen, der Linken und der Freien Wähler lesen. SPD und FDP äußerten sich nicht zur Sozialpolitik.

1. Im Wetteraukreis fehlt bezahlbarer Wohnraum. Besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen ist es deshalb ausgesprochen schwierig, eine Wohnung zu finden. Oft muss mehr als ein Drittel - zunehmend bis zur Hälfte - des Haushaltseinkommens für Miete ausgegeben werden.

a) Wie wollen Sie die Wohnungsnot im Wetteraukreis beheben?

CDU: Die CDU machte sich wenig Mühe. Sie schickte uns ihr Wahlprogramm. "Der Bereich 'Sozialer

Zusammenhalt macht stark' (ab Seite 38) wird sicherlich weiterhelfen", schreibt die CDU. Dort ist zu lesen: Die Förderrichtlinien des Wetteraukreises sind ein Mittel, mehr Wohnraum zu schaffen und denkmalgeschützte Häuser zu sanieren. Es werden Bauherren unterstützt, die Mietwohnungen bauen wollen. Die CDU begrüßt, dass sich viele Städte und Gemeinden als Gesellschafter an der neuen Wohnungsbaugesellschaft „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis

GmbH“ beteiligen. Damit würden Förderung und Beratung von bezahlbarem Wohnraum im Wetteraukreis künftig zentral angeboten. Und davon sollen dann sowohl Kommunen als auch örtliche Wohnungsbaugesellschaften oder private Bauträger profitieren.

GRÜNE: Das ist richtig, es fehlt in allen Ballungsräumen an bezahlbarem Wohnraum in Deutschland, die Mieten sind zu hoch, auch der Missbrauch an Wuchermieten ist nicht zu stoppen.

Selbst Doppelverdiener*innen mit Kindern sind betroffen. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht entsprechende Gesetze zu erlassen. Ein Meilenstein war die Verabschiedung der neuen Wetterauer Förderrichtlinie für den bezahlbaren Mietwohnungsbau, die zum 20.12.2024 in Kraft trat. Förderfähig sind Projekte bis 200.000€ mit Bindungsfrist von 25 Jahren: Neubau, Sanierung und die Revitalisierung von Wohnraum; Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen werden bis zu 400 Euro pro Quadratmeter unterstützt.

Für die Kommunen/Kreis:

- Zukünftig wollen wir die Flächennutzung optimieren: Nachverdichtung, Aufstockung und die Revitalisierung von Ortskernen, statt wertvollen Boden zu versiegeln.

- Digitalisierung - kurze, verein-

fachte Wege ● Enge Kooperation und Beratung zwischen Kreis und Kommunen (Bürgermeister:innen) um komplexe Fördergelder von Land und Bund abzurufen. ● Wir befürworten eine verbindliche Sozialquote bis zu 30% bei großen Bauprojekten, damit sozialgemischte Quartiere unter Berücksichtigung von Vielfalt entstehen, statt voranschreitender Ghattobildung. ● Wir fordern die Einrichtung einer Denkmalagentur, intensiveres Leerstandsmanagement in den Kommunen bzw. von Kreis und Kommunen.

DIE LINKE.: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auf allen Ebenen Sozialwohnungen gebaut werden. In jeden Bebauungsplan gehören mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen.

DIE LINKE. hat 12 Jahre dafür gekämpft, dass es jetzt eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gibt. So lange hat die Kreistagsmehrheit unsere Anträge dazu abgelehnt.

Im ersten Schritt wurden 2025 Förderrichtlinien beschlossen. Damit können Bauherren finanziell unterstützt werden. Aus unserer Sicht fehlt eine finanzielle Aufstockung der WoBau. Sie muss kreditwürdig werden und selbst bauen. Und das darf nicht nochmal 12 Jahre dauern!

Natürlich ist es schwer, vor Ort öffentliche Wohnungen zu bauen, wenn die Kommunen und der Kreis finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind. Doch die Wohnungsnot und die steigenden Mieten spielten in den letzten 20 Jahren im Kreistag und in den Kommunen gar keine Rolle. Selbst die kleinen Spielräume werden nicht genutzt. Und die örtlichen Parteien machen auf ihre Parteifreunde in Wiesbaden und Berlin keinen Druck für sozialen Wohnungsbau.

Freie Wähler: Wohnungsnot geht am besten zu beheben, indem möglichst viele Wohnungen gebaut werden. Von daher unterstützen wir die Bezahlbare Wohnraum GmbH des Wetteraukreises von Anfang an, hinsichtlich Beratungen und ergänzender Fördermittel.

b) Haben Sie bereits Initiativen in Ihre höheren Parteiebenen eingebracht, damit sich Ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten für mehr Sozialwohnungen stark machen? Wenn ja: Welche Initiativen waren das?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Ja, wir sind in ständigen Dialog (Landesarbeitsgruppen mit Themenschwerpunkten, Sitzungen/Anfragen/Eingaben an/mit Bundes-

tags- u. Landtagsabgeordneten). Anpassung des Hessischen Wohnraumförderungsgesetzes, dass auch Landkreise wie die Wetterau flexibler eigene Förderprogramme auflegen können.

Zudem fordern wir über unsere Bundesebene die „Neue Wohngemeinnützigkeit“. Das Ziel ist klar: Wohnraum darf kein reines Spekulationsobjekt sein. Wohnraum muss dauerhaft bezahlbar sein. Landesebene: Verlängerung der Bindungsfristen für Sozialwohnungen – wir wollen weg von der 20-Jahre-Falle, nach der Wohnungen plötzlich unbezahlbar werden. Zum anderen ist die politische Arbeit in den Kommunen von großer Bedeutung, um das Engagement für Bauvorhaben von bezahlbaren Wohnraums zu fordern, zu forcieren und voranzutreiben.

DIE LINKE.: Ja, natürlich! Wir bringen das Thema in jeden Parteitag ein – auf Bundes- und Landesebene. Unsere Bundespartei macht ja auch eine breite Kampagne gegen steigende Mieten in den großen Städten. Die Bundestagsfraktion spricht das Thema ständig an. DIE LINKE. hat beim Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin mitgearbeitet. Wir unterstützen Mieterinitiativen und Mieter:innen in örtlichen Sprechstunden.

Freie Wähler: Wir sind nicht auf höheren Ebenen vertreten.

c) Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die neu gegründete kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft selbst bezahlbare Wohnungen baut? Würden Sie die dafür nötigen Finanzmittel in den Kreishaushalt einstellen?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Die Gründung „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“ zwecks Schaffung bezahlbaren Wohnraums haben wir von Anfang an begrüßt und unterstützen es. Es ist ein wichtigstes Instrument um Kommunen, Baugesellschaften, Grundstückseigentümer*innen beratend, unterstützend und begleitend zusammenzubringen. Sie hat inhaltlich in 08/2025 gestartet und soll auch die Fördermittelakquise voranbringen. Sie soll nicht Konkurrentin zu bestehenden kommunalen Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften u.ä. werden. Es geht darum, die Kommunen bei ihrer Selbstverantwortung zu aktivieren.

Im Gesellschaftervertrag §5 zur Finanzierung, heißt es: „-Der Wetteraukreis als Gesellschafter trägt die Personal- und Arbeitsplatzenkosten der Geschäftsführung. - Die Städte und Gemeinden als

Gesellschafter tragen die Sachkosten der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft; die Kostenaufteilung erfolgt im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen zueinander.“ So haben wir es befürwortet und abgestimmt.

Kurzum: Wir starten jetzt mit der Förderrichtlinie und werten aus, wie es läuft. Dafür werden in den kommenden Jahren hohe sechsstellige Beträge in den Haushalt eingestellt. „Bauen“ steht für uns nicht im Vordergrund. Wenn Dritte durch unsere Förderung bezahlbaren Wohnraum schaffen, dann ist das ausreichend. Würde es der Kreis bzw. die Wohnungsbaugesellschaft tun, müssten wieder Bauverfahren überwacht, Ausschreibungen gemacht werden usw. Wir sehen das als möglichen Schritt, aber nicht der, der im Vordergrund steht.

Des Weiteren unterstützen wir das in 02/2026 gestartete Pilotprojekt Wohnkompass.

Beratung, Begleitung, Befähigung hin zu eigenem Wohnraum für benachteiligte Gruppierungen, die auf dem freien Wohnungsmarkt chancenlos sind, sind uns große Anliegen. Hierfür werden Personalmittel eingesetzt. Eine Wirkungsprüfung ist Bestandteil, aus der wir uns wichtige Hinweise für die Verstetigung erhoffen.

DIE LINKE.: Ja, wir wollen, dass die WoBau selber baut. In den Jahren von 2017 bis 2022 hatte der Wetteraukreis deutliche Überschüsse im Haushalt. Wir haben immer darauf gedrungen, dass damit eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet wird und dass sie finanziell gut ausgestattet ist. Leider haben die anderen Fraktionen das Geld nicht bereit gestellt. Während dieser Zeit hatte das Land Hessen auch Wohnungsförderungsprogramme aufgelegt, die der Wetteraukreis leider nicht abgerufen hat.

Inzwischen macht der Kreis wieder Schulden. Dennoch sollte die kreiseigene WoBau gut finanziert werden. Das ist eine wichtige Zukunftsinvestition. Wir wollen, dass von derzeit 2,1 Millionen Euro auf 21 Millionen Euro aufgestockt wird. Damit wird die WoBau kreditwürdig und kann selber bauen. Nur ein größerer Bestand an öffentlichen Wohnungen kann die Mietpreisspirale eindämmen und die Wohnungsnot im unteren Preissegment lindern.

Und zuletzt: Wir schlagen vor, dass sich die WoBau mit der großen finanzstarken Frankfurter ABG verständigt, wie gemeinsam Wohnraum entstehen könnte.

Freie Wähler: Nein. Der Wetteraukreis ist jetzt bereits überfordert

mit finanziellen Verpflichtungen und ist aktuell stark defizitär. Eigene Bauvorhaben binden zu viel Kapital, welches schlichtweg nicht vorhanden ist und auch nicht bereitgestellt werden kann. Würde man das verfügbare Kapital in eigene Wohnungen investieren, wäre nach einem einzigen, relativ kleinen Mehrfamilienhaus schon Schluss. Nimmt man das vorhandene Geld jedoch als Zusatzförderung, dann kann man eine deutlich größere Anzahl Wohnungen an den Markt bringen.

Wie bereits unter a) gesagt, ist aus unserer Sicht der richtige Weg die ergänzende Fördermittelbereitstellung zu bereits anderen vorhandenen Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene.

Zentraler Punkt sollte die Beratung von Investoren und Kommunen sein, wie projektbezogen die bestmöglichen Ergebnisse erzielt werden können. Damit lässt sich aus unserer Sicht die größtmögliche Anzahl an Wohnungen realisieren.

d) Wie stehen Sie zum Konzept „Housing first“, um der ansteigenden Obdachlosigkeit entgegenzuwirken?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Selbstverständlich unterstützen wir den Ansatz dieses US-Konzepts, Langzeitobdachlosen die unmittelbare Anmietung des eigenen Wohnraums zu ermöglichen. Sicherheit und ein Dach über dem Kopf sind wichtige Lebensgrundlagen.

Die Ursachen von Obdachlosigkeit sind unterschiedlich. Hierbei sind jene zu berücksichtigen, die aus der Obdachlosigkeit wollen. Im Konzept ist „bedingungslos“ verankert. Ob und welche Bedingungen sinnvoll sind, sind noch nicht zu Genüge erörtert. Zum anderen ist zu beachten, welche Gründe zur Obdachlosigkeit geführt haben. Ein umfassendes Konzept, welches ergänzend wirkt, halten wir für sinnvoller.

Hierbei gilt es Träger zu gewinnen, die beratend und begleitend mitwirken.

DIE LINKE.: Wir unterstützen housing-first. Doch das reicht nicht. Denn ohne dass neuer, öffentlicher, bezahlbarer Wohnraum gebaut wird, wird man nicht genug Wohnungen bereitstellen können. Zudem braucht es Sozialarbeit und keine gekürzten Sozialhaushalte.

Freie Wähler: Grundsätzlich sind die Ergebnisse, die man aus Pilotprojekten entnehmen kann, sehr

positiv. Von daher wären wir zumindest für einen Versuch von unserer Seite unterstützungsbereit. Das schwierige daran wird aktuell vermutlich jedoch das Finden von Wohnungen sein.

2. Oft werden Geflüchtete für gesellschaftliche Verwerfungen verantwortlich gemacht, wie Kriminalität, Engpässe im Gesundheitswesen, Wohnungsnot oder Stillstand in der Bildung. Es werden Abschiebungen gefordert und auch umgesetzt. Auf der anderen Seite wird ein Fachkräftemangel beklagt und es werden ausländische Arbeitskräfte angeworben.

a) Wie wollen Sie mit diesem Widerspruch umgehen?

CDU: „Wir sind ein weltoffenes Land und wollen den Menschen helfen, die nach unserem Asylrecht der Hilfe bedürfen. Selbstverständlich wollen wir Integration ermöglichen. Mit einem Zuzug von so vielen Menschen aus verschiedenen Nationen und Kulturen geraten die staatlichen Ressourcen jedoch an ihre Grenzen. Das haben wir insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 auch im Wetteraukreis erlebt. Gerade deshalb ist eine konsequente Umsetzung bundesweiter Rege-

lungen unverzichtbar, insbesondere im Hinblick auf Bleiberechte und Abschiebungen. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund, dass die neue Bundesregierung die europä- und verfassungsrechtlichen Spielräume ausschöpfen möchte, um Migration zu ordnen und zu steuern und die irreguläre Migration wirksam zurückdrängen. Auch der Abschluss von weiteren Migrationsabkommen und die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten sind wichtige Elemente, die wir für notwendig halten.“

GRÜNE: Wir setzen uns dafür ein, dass Themenkomplexe differenziert und nicht miteinander vermischt werden. Auch die Gesetzesgrundlagen (die wir nicht verantworten) sowie Zuständigkeiten geben maßgebliche Vorgaben. Z.B. Gesundheitswesen (Bund/Land), Bildung (Land).

Wir erwehren uns in allen uns zur Verfügung stehenden Kommunikationskanälen gegen Zuschreibungen, Diskriminierungen und Rassismus. Wir setzen auf Transparenz, Aufklärung und Richtigstellung falscher Berichterstattung. Wir wissen um den Fachkräftebedarf und befürworten die Anwerbung von ausländischen Fachkräften, was in einigen Branchen bereits umgesetzt wird (Pflege, Medizin, Bau, KITAS, IT).

Deutschland ist geprägt durch eine alternde Gesellschaft und braucht Zuwanderung. Dazu stehen wir. Wir brauchen Fachkräfte. Wir stehen zum Asylrecht.

Wir brauchen schnell greifende Konzepte und Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration. Z.B. Sprachbildung, Berufssprachvermittlung, (stufenweise) Integration in den 1.Arbeitsmarkt. Leider ist die Willkommenskultur der 2005er Jahre und Offenheit der Gesellschaft für Vielfalt durch systematischen, brandstiftenden Populismus gekippt

DIE LINKE.: Wir sehen diesen deutlichen Widerspruch. Man kann nicht über fehlende Arbeitskräfte jammern und im Ausland Arbeitskräfte anwerben, aber im Land eine Hetzkampagne gegen Geflüchtete und Ausländer führen. DIE LINKE. tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein. Und zum Problem der Kriminalität sagen wir: Es gibt Gesetze. Die müssen angewendet werden - das gilt für alle Menschen, die in Deutschland leben.

Freie Wähler: Das ist nur teilweise ein Widerspruch, denn wenn Menschen, egal ob Geflüchtete oder Deutsche, kriminell werden, müssen die rechtlich möglichen Sanktionen greifen.

Geflüchtete müssen schneller in den Arbeitsmarkt gelangen können. Es werden nicht nur Fachkräfte gebraucht, auch Hilfskräfte benötigen wir. Die gezielte Anwerbung im Ausland von spezifischen Berufsbildern muss weitergehen.

b) Wollen Sie anerkannte Geflüchtete integrieren und welche Maßnahmen halten Sie für notwendig?

CDU: „Viele der Menschen, die in den Wetteraukreis geflüchtet sind, werden auch langfristig hierbleiben – wenn sie einen anerkannten Asylgrund haben, ist dies auch ihr Recht. Ihre Integration bleibt eine große Herausforderung.

Wir stehen zum Prinzip des „Förderns und Forderns“ und wollen bestehende Integrationsmaßnahmen nach Bedarf weiterentwickeln. Fest steht, dass ohne den Einsatz von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die Integration allein für die staatlichen Institutionen kaum möglich ist. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Bildung und Sprache sind der Schlüssel zur Integration. Menschen, die bei uns bleiben, müssen zuerst Deutsch lernen und auch die Grundwerte unserer Kultur vermittelt bekommen.“ Dazu soll die Volkshochschule mit den Angebot „Deutsch als Zweitsprache“ bei-

tragen. Konsequenterweise wurde in den vergangenen Jahren die Ausländerbehörde in der Kreisverwaltung gestärkt und das Personal erheblich aufgestockt.

GRÜNE: Selbstverständlich. Erreichbarkeit, schnelle und intensive Sprachförderung, ggf. Kurse/Betriebssprache/Nachschulungen in Unternehmen (Zusammenschlüsse) und Ausbildungsstätten fördern. Das Wissen um und Anerkennung der Kompetenzen. Flüchtlingshilfevereine, freie oder konfessionelle Träger anhören, Forderungen auswerten, Maßnahmen einleiten. Unterstützung bei der Suche von Wohnraum (o.g. Wohnkompass). Anlaufstelle: MEB (Bundesprogramm) und weitere Beratungskonzepte. Förderung von Initiativen in Kommunen: Nachbarschaftshilfe, Treffs, Sprach-Cafes, Erfahrungsaustausch u.ä.

Aktuell: Um so schlimmer, skandalös und kontraproduktiv ist die Entscheidung des Bundesinnenministeriums/Dobrindt (CSU), die Integrationskurse zu kürzen bzw. sogar einzustellen. Bzw. nur noch in geringer Anzahl für Asylbewerber*innen, die Perspektive auf Anerkennung haben, zu ermöglichen. Das wiederum wird dann an zu kleinen Gruppengrößen in den Anfragen und dem

Scheitern der Kursangebote führen. Hier wird eine sehr klare ideologisch geprägte Barriere aufgebaut. Und das, obgleich der Haushaltstopf im Bund erhöht wurde (II. Halbjahr 2025, zusätzliche 300 Mio.). Jetzt erfahren wir, dass das BAMF seit Nov.25 keine Freigaben erteilt, wodurch auch die Bildungsträger in finanzielle Bedrängnis kommen.

DIE LINKE.: Geflüchtete brauchen zuerst Sprach- und Integrationskurse. Dass die Bundesregierung hier den Zugang beschränken will, ist ein Skandal! Ausländische Abschlüsse müssen zügig anerkannt werden. Für junge Migrant:innen muss es Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben. Die Bundesagentur für Arbeit muss Migrant:innen verstärkt schulen und vermitteln.

In den Schulen braucht es Förderung – aber nicht nur für Migrantenkinder. Multiprofessionelle Teams sind nötig und helfen allen - auch der Integration. In den Kommunen hilft ein vielfältiges Angebot an Sport, Kultur, sozialen Treffpunkten, Kinderspielplätzen und Vereinen bei der Integration.

Nicht alles kann über Jahre ehrenamtlich geleistet werden.

Staatliche Institutionen und Sozialarbeit sind unverzichtbar und müssen auszufinanziert werden.

Freie Wähler: Sprache und Ausbildung, schnellstmöglicher Arbeitseinstieg, Aufnahme in Vereine.

c) Wie wollen Sie angeworbene Fachkräfte vor der anwachsenden Ausländerfeindlichkeit schützen?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Ausländerfeindlichkeit ist kein neues Phänomen. In Krisenzeiten wird es medial und durch die Politik populistisch genährt und Menschengruppen als Zielscheibe und zu Projektionsfeldern instrumentalisiert.

Wir = alle sind gesellschaftlich auch als Einzelpersonen privat oder am Arbeitsplatz gefordert, uns zu sensibilisieren, nicht wegzuhören, nicht wegzusehen, sondern im Bedarfsfall die*den Betroffene*n zu schützen bzw. uns positionieren, ggfs. einzugreifen. Unsere Partei hat ein klares Selbstverständnis, einen einzuhaltenden Wertekatalog und Statuten, die bindend sind. Wir unterstützen alle Initiativen zu Antidiskriminierung und Antirassismus.

Auch Betriebe/Unternehmen sind hier weiter als man von „außen“ denken möchte. Viele haben Diversity-Management Konzepte, auch mit intersektionalem Ansatz

und interkulturelle Ausrichtung. Führungsebene und Personal werden weiter- und fortgebildet, geschult und haben Beschwerdestellen oder Ansprechpersonen für den Bedarfsfall. Das unterstützen wir.

Antidiskriminierung findet sich in den Arbeitsrichtlinien und im AGG (Rechte). Die Beschwerdestelle „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ sammelt Meldungen, berät rechtlich, dokumentiert, informiert und weist Politik bei Gesetzesentwürfen auf Bedarfe und Lücken hin. „Sie“: persönlich genommen...

Jede*r von uns Grünen ist neben dem politischen Ehrenamt im Kreis noch in weitere Aktivitäten in den eigenen Kommunen eingebunden und engagiert sich, z.B. auch in Vereinen, der Geflüchteten-Hilfe, in den kirchl. Gemeinden, Nachbarschaftshilfe, Demokratieinitiativen/Veranstaltungen oder in den Ausländerbeiräten u.ä.

DIE LINKE.: Zuerst durch eine gute gemeinsame Erziehung aller Kinder im Kindergarten und in der Schule. Keine deutschen Parallelgesellschaften durch Privatschulen. In den Kommunen durch interkulturelle Treffpunkte und Kulturprojekte. Frauenförderprogramme helfen, Vielfalt zu leben. Gezielt Migranten ansprechen: Parteien müssen sich mehr bemühen, dass

auch migrantische Bürger:innen in ihren Reihen mitmachen, auf den Wahllisten Listen kandidieren und ihre Interessen formulieren. Menschen sollten sich kennen lernen. Dann werden sie sich gegenseitig schätzen und schützen. Solidarität hilft allen.

Schutz vor Rassismus ist aber nicht nur ein individuelles Problem.

Staatliche Institutionen müssen Schutz bieten: die Polizei, Gerichte, Ämter. Allerspätestens seit den NSU-Morden und den Attentaten in Hanau wurde sichtbar: Rassismus durchdringt auch den Staatsapparat. Es ist Aufgabe der Landesregierung, Straftaten und Diskriminierung zu ahnden!

Freie Wähler: Aktive Willkommenskultur, Sensibilisierungsveranstaltungen, positives Klima in der Kommune vermitteln für Ausländer, einfach zu erreichende Anlaufstellen bei Problemen schaffen, Aufklärung durch positive Beispiele, die in der Öffentlichkeit gezeigt und erläutert werden.

3. Wenn ein Fünftel der Bevölkerung arm ist oder von Armut bedroht, hat das u. E. Auswirkungen auf die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft.

a) Welche Schritte wollen Sie im Kreistag unternehmen, um Armut zurückzudrängen?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Ja, leider das ist so (historisch), jedoch populistisch und medial forciert. Dennoch darf es diese Schlussfolgerung als Entschuldigung oder Rechtfertigung nicht geben.

Wirtschaft, Erwerbstätigkeit/Einkommen und Gesundheit stehen in Wechselwirkung. Der Kreis ist Träger der Sozialhilfe. Hier: Barriere-Abbau Antragswesen/Nachweise), schnelle Zugangswege, Terminvereinbarung, Beratung müssen als Dienstleistung gut und schnell funktionieren. Ggfs. muss abteilungs- und funktionsübergreifend gearbeitet werden. Strukturell: Personal sensibilisieren, Bedarfe ausfindig machen (z.B. im Kinder- und Jugendschutz, Schulsozialarbeit); Sozialbericht u. -planung muss „Armut“ mit erheben und Lösungen erarbeiten.

Das Thema muss Bestandteil im Rahmen der Kindeswohlgefährdung sein.

Ehrlicherweise muss man sagen, dass Kreis und Kommunen nur Reparaturbetrieb sind, wenn in der Gesellschaft und deren Spaltung Armut produziert wird.

Man kann sagen, dass wir im Rahmen der Möglichkeiten (der Kreis hat ja keine unbeschränkten Mittel), Maßnahmen zur Teilhabe unterstützen.

DIE LINKE.: Vor allem darf es in der Verwaltung und im Jobcenter/Sozialamt keine Diskriminierung hilfesuchender Personen geben. Die Sachbearbeiter:innen sollen zu Höflichkeit angehalten werden. Der gesetzlichen Verpflichtung zur Beratung muss nachgekommen werden.

Der Zugang zu Hilfen darf nicht erschwert sein – das gilt für eine zeitnahe Terminvergabe ebenso, wie für die Erreichbarkeit der Sachbearbeiter:innen. Und es darf keinen Digitalzwang geben.

Am wichtigsten finden wir Linke, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Denn Wohnen macht arm. Die Mieten dürfen auf keinen Fall mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens auffressen.

Konkrete Hilfe wären ein Sozialpass für Strom und Nahverkehr. Die OVAG und die vgo sind Beteiligungsgesellschaften des Wetteraukreises. Und damit gäbe es

eigentlich keine Hindernisse für Sozialtarife - wenn es denn politisch gewollt wäre.

Freie Wähler: Bei Kindern und Jugendlichen beginnen, mit Ausbildung, mit Unterstützung durch Beratung, direkte Hilfe in Notfällen, Weiterbildungsangebote machen und vermitteln, Unterstützung bei Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzvermittlung, Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen.

b) Haben Sie spezielle Überlegungen zur Eindämmung von Kinderarmut?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Die Hürden in Bildung und Teilhabe müssen reduziert werden. Kinder/Jugend: Sportliche/musische/Freizeit-Aktivitäten bezuschussen. Vereine/Träger animieren %-Quoten für den monetären Erlass von Vereinsmitgliedschaften einzurichten.

Kitabesuchszeiten: Dafür eintreten, dass Kinder aus prekären Verhältnissen an längeren Öffnungszeiten in den kommunalen Kitas teilnehmen können. Mindestens eine warme Mahlzeit sollte gesichert sein:

Kita, Schule, Treffs. Familieneinkommen sichern: D.h. Abbau von Missständen in Entlohnung und

Benachteiligungen im Arbeitsmarkt.

DIE LINKE.: Arme Kinder haben arme Eltern. Dass die Familien genug verdienen oder genug soziale Unterstützung bekommen, hilft gegen Armut. Dazu braucht es: Kein Unterlaufen des Mindestlohns, tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse, eine Kindergrundsicherung, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie Kinderbetreuung.

Freie Wähler: Familienprogramme, Ferien- und Freizeitangebote, schulische Ausbildung bestmöglich unterstützen.

c) Wie stehen Sie zu einer restriktiven Sanktionierung von Menschen im sozialen Leistungsbezug?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Sanktionierungen nur bei nachweislichem Missbrauch oder Betrug. Anhörung und Rechtsgrundlagen sind strikt einzuhalten. Die zuständigen Mitarbeiter*innen sind zu schulen. Zur Psychohygiene des Personals bedürfte es regelmäßiger, beruflicher Supervision.

DIE LINKE.: Das lehnen wir ab. Restriktive Sanktionen bringen

nicht mehr Menschen in Arbeit, sondern sie setzen sie noch mehr unter Druck. Psychische Probleme, gesundheitliche Abstürze und der Verlust der Krankenversicherung und der Wohnung sind oft Folgen von Repressionen – besonders von Totalsanktionen.

Freie Wähler: Dem stimmen wir zu.

d) Welche Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen würden Sie unterstützen?

Sind Sie zum Beispiel für einen armutsfesten Mindestlohn, für die Erweiterung der Fort- und Weiterbildungen beim Jobcenter oder für Arbeitsverpflichtungen in den Kommunen?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: ● Gesetzlicher Mindestlohn ● Anpassung zum Jan. 2027 finden wir richtig. ● Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte ahnden, das Strafmaß überprüfen (Arbeitgeber sollen sich nicht einfach freikaufen können).

DIE LINKE.: Wir sind für einen armutsfesten Mindestlohn, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse und für mehr Fort- und Weiterbildungen. Arbeitsverpflichtungen stehen wir sehr skeptisch gegenüber.

Viele Menschen, die soziale Hilfen beziehen, können keine Arbeit aufnehmen: Sie sind allein-erziehend, pflegen Angehörige, sind selbst (chronisch) krank oder haben keine gute Ausbildung. Es muss mehr Angebote für passende Arbeit geben und diese müssen mit den Menschen besprochen werden.

Freie Wähler: Ja, alle Punkte.

4. Wir glauben, dass Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Verarmung beitragen. Wie stehen Sie dazu?

GRÜNE: Natürlich ist das so. Das glauben wir auch. Ausbeute, Unterbezahlung, Betrug, Lohnverweigerung/-kürzungen sind teilweise die Ursachen. Daher ist gewerkschaftliches Engagement nötig. Auch in Kleinstbetrieben ist darauf hinzuwirken, dass Arbeitnehmer*innenrechte nicht ausgehöhlt werden. Jedoch ist der Kreis hier außen vor.

a) Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Kreisverwaltung nur sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse abschließen sollte?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: ● Die Forderung von 15€/Std. angesichts der Preisentwicklung ist unterstützenswert. Das Problem jedoch ist komplizierter. Hohe Lebenshaltungskosten haben auch einen Zusammenhang zur Weltwirtschaftslage (z.B. Energiepolitik).

● Nicht entweder oder. Fort- und Weiterbildungen, um in den Arbeitsmarkt (wieder) zu gelangen sind notwendig. Sie müssen nur inhaltlich sinnvoll und zielführend sein. Hier ist auch altersspezifisch zu planen und passgenauer zu fördern.

„Arbeitsverpflichtung“ ist Thema der Kommunen. Einige Landkreise wollen das übernehmen.

Wir schließen das nicht pauschal aus. Das ist innerhalb der politischen Debatte mit allen Für- und Gegenargumenten abzuwägen. Es darf nicht als „Bestrafungsinstrument“ missbraucht werden oder die Würde der*des Betroffenen verletzen.

...Vertiefend kann das Thema hier im Fragekatalog nicht ernsthaft und seriös abgehandelt

DIE LINKE.: Das unterstützen wir. Es sollte aber nicht nur für Vollzeitstellen gelten. Wenn es Gründe für Teilzeitarbeit gibt und die Betroffenen das selbst wünschen, sollte das möglich sein.

Freie Wähler: Wenn Sie den Ausschluss von Minijob-Verhältnissen meinen, dann nein. Es müssen bedarfsabhängig auch Minijob-Verhältnisse möglich sein. Bei diesen Arbeitsverhältnissen werden auch Sozialabgaben abgeführt.

b) Wie würden Sie sich positionieren, wenn Bereiche der Kreisverwaltung an private Dienstleister outgesourct werden sollen?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: ...Brauchen wir nicht zu fordern, dass ist bereits so.

DIE LINKE.: Wir sind dagegen. Wenn schon Arbeit outgesourct werden muss, dann an Unternehmen, die unbedingt Mindestlohn zahlen und gute Arbeitsbedingungen anbieten (Urlaub, Überstundenzulage usw.).

Freie Wähler: Wenn es sachlich und wirtschaftlich Sinn macht und für den Bürger die gleiche Leistung angeboten wird, dann spricht aus unserer Sicht nichts dagegen.

c) Sehen Sie die Notwendigkeit, dass der Wetteraukreis ausgebildet? Wenn ja, in welchen Arbeitsfeldern?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Der Kreis bildet aus. Verwaltungfachangestellte, Kauffrau/Kaufmann Büromangement. Öffnung für Bachelor of Art in der Allgem. Verwaltung/ Fachinformatik, Systemintegration. D.h. Findet statt. Nicht versicherungspflichtige Jobs in der Kreisverwaltung gibt es nicht. Auslagerung von Dienstleistungen (so unsere Anfrage) findet im Bereich der Gebäudereinigung statt – das wurde begründet mit Mangel an der Ausbildungsnachfrage. Zuletzt haben wir uns dafür eingesetzt, die Eigenreinigung nicht einfach aufzugeben und stattdessen zu stärken.

DIE LINKE.: Wir halten das für notwendig und der Wetteraukreis macht das auch bereits. Damit Ausbildungsplätze besetzt werden können, sollte an den Schulen Werbung gemacht werden. Und es sollten Menschen aus anderen Berufszweigen umgeschult werden. Eine Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter wäre sicher hilfreich. Auch Geflüchtete müssten mehr angesprochen werden.

Freie Wähler: Wir halten Ausbildung als die Basis zur späteren Gewinnung von Mitarbeitern. Von daher kann und sollte in allen Bereichen in denen der Kreis tätig ist und Fachausbildungen erforderlich sind, auch ausgebildet werden.

5. Derzeit wird über eine Eindämmung der Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen diskutiert. In der Tat fließen 2026 beinahe 83 Millionen Euro aus dem Wetterauer Kreishaushalt an den Landeswohlfahrtsverband, der in Hessen für die Eingliederungshilfe zuständig ist. Auch andere Bereiche der sozialen Hilfe zur Teilhabe an der Gesellschaft verursachen hohe Kosten.

Uns interessiert Ihre Haltung zu den folgenden Punkten:

a) Sehen Sie die Notwendigkeit, zugunsten einer Haushaltssanierung bei der Eingliederungshilfe zu kürzen?

CDU: „Zentrales Ziel unserer Sozialpolitik ist das Prinzip der Subsidiarität, also der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Für uns ist klar, dass wir dem einzelnen Menschen etwas zutrauen. Wir trauen ihm zu, Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen. Wir wollen keinen Staat, der bevormundet. Aber: der

Staat muss zugleich Strukturen vorhalten, um denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können oder die in einer entsprechenden Notlage sind." (...)

"Darüber hinaus setzt sich die CDU insgesamt für eine Strukturreform im Sozialbereich ein, um ausufernde Kosten, beispielsweise im Bereich der Bundesteilhabegesetzgebung, in den Griff zu bekommen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch der Landeswohlfahrtsverband, dessen Umlage jährlich überdurchschnittlich ansteigt, allein in den vergangenen beiden Jahren um knapp 25 Prozent. Auch hier setzen wir uns für eine Evaluation von Kosten und Struktur ein. Wir finden: Ansprüche an staatliches Handeln müssen sich auch an vorhandenen Ressourcen orientieren.

Vor diesem Hintergrund wollen wir die zahlreichen Beiräte des Kreises kritisch evaluieren, um deren Rolle als Hilfs- und Beratungsorgan der Kreisgremien zu schärfen. In diesem Sinne und für eine verbesserte Arbeitstauglichkeit wollen wir insbesondere den Diversitäts- und Inklusionsbeirat mit seinen zahlreichen Fachausschüssen verkleinern."

GRÜNE: Von einem solchen Vorhaben wissen wir nichts. Haben wir nicht vor. Nein.

DIE LINKE.: Eingliederung für Menschen mit Behinderungen ist aus unserer Sicht nicht zu kürzen. Auch darf es keine Zugangsbeschränkungen bei der Inanspruchnahme der Eingliederungshilfe geben. Die Kosten sind hoch – ohne Frage. Doch Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sollte dementsprechend als reiches Land seinen Verpflichtungen nachkommen.

Unsere Regierung verzichtet auf eine angemessene Besteuerung großer Vermögen und gibt Hunderte Milliarden für Hochrüstung aus. Dort kann gekürzt werden! Jedenfalls nicht auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft! Der Landeswohlfahrtsverband muss so erhalten bleiben, dass er seine Aufgabe als Träger der Eingliederungshilfe in Hessen vollumfänglich erfüllen kann.

Freie Wähler: Es sollte nicht die Haushaltssanierung als Alleinstellungsmerkmal vordergründig angewandt werden, aber es sollte die Struktur der Eingliederungshilfe und der dahinterstehende Bürokratieaufwand durchleuchtet werden, um dadurch ggfls. Einsparungen zu erzielen, die dann in Folge niedrigere Haushaltsansätze bedeuten. Die letz-

ten beiden Haushalte beim LWV konnten nur deshalb auf der Verlustseite kaschiert werden, weil auf Rücklagen zurückgegriffen wurde. Doch das ist kurzfristig endlich, dann werden die tatsächlichen Verluste weitergegeben und diese werden dann erst richtig bewusst bei den Kommunen, dadurch werden heftigste Diskussionen in den Kreisen und kreisfreien Städten ausgelöst werden.

b) Wollen sie sicher stellen, dass die Finanzausstattung der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet ist?

CDU: Dazu sind im Programm keine Angaben zu finden.

GRÜNE: Selbstverständlich. Im Rahmen der Kinder- und Jugendwohlgefährdung und beim Gewaltschutz liegt noch einiges im Argen. D.h. ergänzende Maßnahmen, die greifen, muss(t)en sogar ergänzend initiiert werden.

DIE LINKE.: Auch hier werden wir uns verlässlich gegen jede Kürzung stemmen. Wie das Geld zu generieren ist, haben wir in der vorherigen Frage erläutert.

Freie Wähler: Wir haben bisher immer haushaltstechnisch die da-für notwendigen Mittel bereitgestellt, es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen das auch zukünftig zu tun.

Die Unterstützung der einzelnen Träger ist von unserer Fraktion gesichert.



SOS bedankt sich bei den teilnehmenden Parteien, die unsere Fragen beantwortet haben. Wir hoffen, dass einige Wähler:innen mit diesem Katalog zu einer guten Wahlentscheidung finden konnten!

SOS-Sozialsprechstunde im Roten Laden, Usagasse 26. 61169 Friedberg